
Vorsitz: Armenien

976. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 19. Mai 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 10.45 Uhr
Wiederaufnahme: 11.05 Uhr
Unterbrechung: 12.55 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Unterbrechung: 15.20 Uhr
Wiederaufnahme: 16.00 Uhr
Schluss: 17.30 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan
L. Grigoryan

Der Vorsitz erinnerte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/31/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: RESOLUTION 1325 DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN: VOLLE, GLEICHBERECHTIGTE UND BEDEUTSAME BETEILIGUNG VON FRAUEN IN STREIT- UND SICHERHEITSKRÄFTEN

– *Vortrag von M. Margaryan, Ständiger Vertreter Armeniens bei den Vereinten Nationen, Vorsitzender auf der fünfundsechzigsten Tagung der VN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau*

– *Vortrag von Brigadegeneral L. Swaan Wrede, Stellvertretende Oberbefehlshaberin der schwedischen Armee*

– *Vortrag von A. Darisuren, Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen*

- *Vortrag von D. O, Sonderbotschafterin und Generalsekretärin des Forums Generation Gleichberechtigung, Frankreich*
- *Vortrag von Oberleutnant A. Savtalyan, Verteidigungsministerium von Armenien*

Vorsitz, M. Margaryan (FSC.DEL/185/21), Brigadegeneral L. Swaan Wrede, Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen (SEC.GAL/70/21 OSCE+), D. O (FSC.DEL/199/21 OSCE+), Oberleutnant A. Savtalyan (FSC.DEL/186/21), Albanien, Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/195/21), Schweden (Anhang 1), Schweiz (Anhang 2), Dänemark (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/177/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/188/21 OSCE+), Norwegen (FSC.DEL/178/21), Finnland, Kanada, Malta (FSC.DEL/191/21 OSCE+), Spanien (Anhang 4), Deutschland (Anhang 5), Russische Föderation (Anhang 6), Türkei (FSC.DEL/193/21 OSCE+), Serbien (Anhang 7), Afghanistan (Kooperationspartner) (FSC.DEL/183/21), Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland) (Anhang 8), FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 (Albanien) (Anhang 9)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/190/21) (FSC.DEL/190/21/Add.1), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/196/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/179/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/189/21 OSCE+), Kanada, Russische Föderation*
- (b) *Groß angelegte Militärübung von Aserbaidshan: Armenien (Anhang 10) (FSC.DEL/187/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/181/21 OSCE+), Aserbaidshan, Portugal – Europäische Union, Kanada*

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Militärübungen „Thunder Bolt 21“ vom 31. Mai bis 17. Juni 2021 und „Arctic Challenge 2021“ vom 7. bis 18. Juni 2021: Norwegen (FSC.DEL/180/21 OSCE+) (FSC.DEL/180/21/Add.1 OSCE+)*

- (b) *Regionalseminar über den OSZE - Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit für Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner im Mittelmeerraum am 27. und 28. Mai 2021 über Videokonferenz: Albanien*
(Anhang 11)
- (c) *Militärübung „Iron Wolf -I“ vom 19. bis 30. Mai 2021 in Litauen: Litauen*
(Anhang 12)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 26. Mai 2021, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SCHWEDENS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Schweden schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft folgende Erklärung abgeben.

Zunächst richtet sich unser Dank an Armenien, dass es dieses Thema auf die Tagesordnung des FSK gesetzt hat, und an unsere geschätzten Vortragenden für ihre hervorragenden und aufschlussreichen Beiträge zum Sicherheitsdialog.

Herr Vorsitzender,

Schweden hat eine feministische Regierung. In der Praxis bedeutet das, dass wir uns zum Aufbau einer Gesellschaft bekennen, in der Frauen und Männer, Mädchen und Jungen ihr Leben so leben können, dass sie ihr volles Potenzial entfalten. Die Gleichstellung der Geschlechter trägt auch zur Bewältigung vieler anderer gesellschaftlicher Herausforderungen bei und ist in einem modernen Wohlfahrtsstaat eine Selbstverständlichkeit – für Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung. Daher ist die Gleichstellung der Geschlechter in der schwedischen Politik ein grundlegendes Ziel und Prinzip, das sich auch in unserer Außen- und Sicherheitspolitik niederschlägt.

Hier im Rahmen der OSZE hat sich Schweden sehr dafür eingesetzt, und wird dies auch weiterhin tun, die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit und andere wichtige Aspekte der Rolle der Frauen in Bezug auf Konfliktverhütung und Krisenmanagement voranzutreiben.

Wie wir soeben von unseren Vortragenden gehört haben, ist die Verstärkung der Mitwirkung von Frauen bei Konfliktverhütung und -beilegung, Friedensverhandlungen, Mediation und Friedensaufbau in vielerlei Hinsicht von Bedeutung. Dies betrifft auch militärische Operationen, bei denen die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, unter Einbeziehung sowohl von Männern als auch Frauen, zu berücksichtigen ist.

Wie Brigadegeneral L. Swaan Wrede erläuterte, sorgen in Schweden Frauen in den Streitkräften für Vielfalt, bringen andere Erfahrungen, Perspektiven und Fähigkeiten ein und leisten so enorm wertvolle Beiträge zu unseren militärischen Einsätzen auf nationaler wie auch internationaler Ebene.

Seit der Verabschiedung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen hat sich Schweden in seiner Vorgehensweise wesentlich von ihr leiten lassen, so zum Beispiel bei der Durchführung von Militäroperationen auf dem Balkan, in Afghanistan oder Mali. Indem wir bei der Anpassung unserer Streitkräfte und der Durchführung der militärischen Planung die Resolution als Grundlage für unsere Arbeit heranziehen, sind wir effektiver und erreichen mehr mit unseren Bemühungen.

Die Fähigkeit, Operationen im Einklang mit der Resolution 1325 durchzuführen, beginnt mit umfassenden Vorbereitungen auf nationaler Ebene. Dabei ist es von wesentlicher Bedeutung, Frauen den Weg zu einer vollständigen und gleichberechtigten Beteiligung auf allen Ebenen unserer Regierung und der in die Konfliktverhütung und Krisenbewältigung involvierten Behörden zu ebnen.

Herr Vorsitzender,

es gibt noch immer Hindernisse, die es zu überwinden gilt. Wenn wir darüber debattieren, ob die Chancengleichheit oder die Mitwirkung von Frauen den Bestimmungen betreffend Frauen und Frieden und Sicherheit am besten Rechnung tragen, dürfen wir nicht vergessen, dass Chancengleichheit auch im OSZE-Raum keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist.

So haben zum Beispiel seit jeher Männer die Standards und Anforderungen für die Streitkräfte festgelegt und in den Auswahlausschüssen die Mehrheit gestellt. Manchmal waren diese Anforderungen durchaus gerechtfertigt, manchmal war dies jedoch keineswegs der Fall. Im FSK der letzten Woche zum Thema „moderne Kriegsführung“ wurde auch sehr deutlich, dass die Konflikte von morgen anders aussehen werden als die Konflikte von heute. Dies ist für die Zukunft zu berücksichtigen.

Die schwedischen Streitkräfte haben, wie bereits erwähnt, verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Anzahl von Frauen in Uniform zu erhöhen. Eine davon ist die Festlegung einer Frauenquote, die bei der Einstellung von neuem Personal im Zeitraum 2021–2023 25 Prozent beträgt. Und ich möchte betonen, dass dies nicht durch die Herabsetzung der Standards verwirklicht wird.

Bis nächste Woche sollten alle Teilnehmerstaaten eine Einladung zu einer Klausur zum Verhaltenskodex in Stockholm vom 29. September bis 1. Oktober erhalten haben. Zweck dieser Klausur ist es zu zeigen, wie wir vorgehen, um eine Umgebung zu schaffen und zu fördern, die die Rolle der Frauen, ihre Rechte, Bedingungen, Chancen und Mitwirkung in den schwedischen Streitkräften schützt. Die Grundlage dafür sind unsere Verpflichtungen aus dem OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit.

Wie vorhin erwähnt, bereitet Schweden derzeit einen Entwurf für eine Erklärung der ersten Dimension zu Frauen und Frieden und Sicherheit vor, der auf dem Ministerrat in Stockholm vorgelegt werden soll. Wir laden alle Teilnehmerstaaten ein, konstruktiv mit uns

in diesem Prozess zusammenzuarbeiten – mit dem Ziel, einen soliden und konsensfähigen Entwurf auszuarbeiten. Wir werden in den nächsten Wochen weiterhin in dieser Angelegenheit den Austausch mit den Teilnehmerstaaten suchen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
werte Kolleginnen und Kollegen,

ein kontinuierlich gehaltener Dialog zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bleibt für die Schweiz ein prioritäres Anliegen. Wir danken daher dem FSK-Vorsitz Armenien, den Anliegen zu „Frauen und Frieden und Sicherheit“ einen Sicherheitsdialog gewidmet zu haben, und den geladenen Experten für ihre substanziellen Beiträge.

Herr Vorsitzender,

wir haben bereits vieles im Bereich Frauen und Frieden und Sicherheit erreicht, auch im Rahmen der OSZE. Es bestehen aber immer noch Lücken, die wir schließen müssen. Frauen sind nach wie vor nicht gleichberechtigt an Friedens- und Sicherheitsprozessen beteiligt. Die Schweiz hat sich deswegen in ihrem vierten Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats zum Ziel gesetzt, die Zahl der Frauen in verteidigungs- und sicherheitspolitischen Bereichen sowie in der militärischen Friedensförderung zu erhöhen. Das wollen wir schaffen, indem wir Frauen gezielt über die Schweizer Armee, die Dienstpflicht und militärische Friedensförderungseinsätze informieren.

In der Schweiz sind nur Männer verpflichtet, Militärdienst zu leisten, Frauen leisten ihn freiwillig. Daher liegt der Frauenanteil in der Armee heute nur bei rund einem Prozent. Unsere Verteidigungsministerin, Bundesrätin Viola Amherd, hat es mehrfach betont: Das ist zu wenig.

Verschiedene Ansätze im Bereich Frauenförderung in der Armee wurden bereits lanciert, wie zum Beispiel das Projekt „Gewinnung, Bindung, Beratung“, die Kampagne zur Rekrutierung von Frauen „Sicherheit ist auch weiblich“, die Präsenz von Armeeangehörigen an Berufs- und Publikumsmessen und die Erarbeitung einer Genderperspektive durch die Gruppe Verteidigung.

Auch mehren sich in der Schweiz die Stimmen, welche eine rein männliche Militärdienstpflicht als nicht kohärent mit dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter ansehen.

Die Diskussionen über die Rahmenbedingungen zur Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer sind in der Schweiz Gegenstand sowohl politischer Abwägungen als auch prozeduraler Überprüfungen im Hinblick auf die Machbarkeit.

Neu wird innerhalb der Schweizer Armee eine Dienststelle für Frauen geschaffen. Zu deren Aufgabe gehören unter anderem die Koordination der verschiedenen Aktivitäten im Bereich der Frauenförderung. Sie dient auch als Anlaufstelle für sämtliche Fragen der Gleichstellung.

Damit sich mehr Frauen für den Dienst in der Armee entscheiden, werden verschiedene Kommunikations- und Informationsmaßnahmen vorgeschlagen. Ebenfalls verbessert werden muss die Vereinbarkeit von Militärdienst, Ausbildung, Beruf und Familie. Es sollen alternative Dienstleistungsmodelle ausgearbeitet werden. Teilzeitarbeit muss auch für Berufsmilitärs möglich sein und die Unterstützung bei der Kinderbetreuung geklärt werden.

Auch die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern in Friedenseinsätzen und in der Sicherheitspolitik ist der Schweiz im Rahmen ihres Nationalen Aktionsplans 1325 ein zentrales Anliegen. Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen müssen umfassend gestaltet werden. Dies stärkt eine inklusive Friedensförderung und fördert die Gleichberechtigung im Bereich der Sicherheit.

Herr Vorsitzender,

der Wille zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Chancengleichheit und Maßnahmenpakete allein nicht ausreichen, um den Frauenanteil zu erhöhen. Frauen müssen von ihrem Wert für den Sicherheitssektor auch überzeugt sein. Diese Überzeugungsarbeit gilt es nun aufrichtig und proaktiv zu leisten.

Exzellenzen, werte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung in das FSK-Journal des Tages.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS**

Herr Vorsitzender,

Dänemark schließt sich vollinhaltlich der Erklärung der Europäischen Union an, doch möchte ich in meiner Eigenschaft als Vertreter meines Landes folgende Erklärung abgeben.

Schon seit vielen Jahren spielt Dänemark bei der Verteidigung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Frauen und Mädchen, eine maßgebliche Rolle. Fest entschlossen, eingegangene Verpflichtungen in konkrete Maßnahmen umzusetzen, verabschiedete Dänemark 2005 als erstes Land weltweit einen nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der Resolution 1325. Dieses Jahr hat Dänemark bereits den vierten dänischen Aktionsplan für Frauen und Frieden und Sicherheit veröffentlicht.

Das oberste Ziel des neuen Aktionsplans Dänemarks ist es, die vollständige, gleichberechtigte und bedeutsame Mitwirkung von Frauen an Friedensbemühungen sicherzustellen. Ich möchte Ihnen anhand von drei Beispielen zeigen, wie wir dies zu erreichen gedenken:

1. indem wir sicherstellen, dass die Genderperspektive systematisch in die Planung, Ausführung und Evaluierung unserer außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Arbeit einbezogen wird;
2. indem wir die Einstellung und den Verbleib von Frauen auf allen Ebenen, insbesondere in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, fördern;
3. indem wir sicherstellen, dass alle, die ins Ausland entsandt werden – sowohl Männer als auch Frauen – eine entsprechende Ausbildung erhalten, um Genderperspektiven auf bedeutsame Weise einzubeziehen und zu fördern.

Dies sind lediglich Schritte in die richtige Richtung, und es gibt noch viel zu tun. Wenn wir die Visionen der Resolution 1325 verwirklichen wollen, müssen wir alle den Bemühungen im Bereich Frauen und Frieden und Sicherheit Vorrang auf höchster Ebene einräumen.

Danke, Herr Vorsitzender. Bitte fügen Sie diese Erklärung dem Journal der Sitzung als Anhang bei.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Spanien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an.

Auch möchte ich Ihnen dafür, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) gesetzt haben, und allen Rednerinnen und Rednern für ihre wertvollen Beiträge danken. Sie haben alle aufgezeigt, wie wichtig es ist, die koordinierten Bemühungen fortzusetzen, um die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Folgeresolutionen betreffend Frauen und Frieden und Sicherheit weiterzuentwickeln.

Heute halten wir diese Sitzung erneut unter außergewöhnlichen Umständen ab. Die COVID-19-Krise, von der verschiedene Teile der Welt weiterhin stark betroffen sind, macht die Brüchigkeit der erzielten Fortschritte sichtbar und führt uns vor Augen, welchen Weg wir noch vor uns haben, um in der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit im Einklang mit unseren Verpflichtungen und Zielen voranzukommen. Deshalb hat Spanien die Weiterentwicklung seiner feministischen Außenpolitik fortgesetzt, im Rahmen derer die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit einen unserer Schwerpunkte bildet.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich nun auf vier Themen konzentrieren:

1. Die entscheidende Bedeutung, Frauen Schutz zu bieten: Am 11. Mai haben wir den zehnten Jahrestag des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), zu dessen Haupt-einbringern Spanien zählt, begangen. Im Übereinkommen wird Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung und eine Form der Diskriminierung charakterisiert. Ferner wird darin festgehalten, dass seine Bestimmungen in Friedenszeiten und in Situationen bewaffneter Konflikte Anwendung finden. Deshalb müssen wir den wichtigen Zusammenhang zwischen Geschlechtergleichstellung und Sicherheit im Auge behalten und unsere Bemühungen in Hinblick auf Gender-Mainstreaming in allen drei Dimensionen, und selbstverständlich auch in der ersten Dimension, verstärken.

2. Die zentrale Bedeutung der Beteiligung von Frauen und der Betrauung von Frauen mit Führungsverantwortung für die Wirksamkeit der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit: Anhand der Entwicklung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit können wir einen grundlegenden Wandel beobachten: Wurden Frauen früher als Opfer bewaffneter Konflikte, und insbesondere sexueller Gewalt in Konflikten, gesehen, so nimmt man sie heute als maßgebliche Akteurinnen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und dem Wiederaufbau danach wahr. Die Beteiligung von Frauen und ihre Betrauung mit Führungsverantwortung sind für die Wirksamkeit der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit unerlässlich, gerade in einer Zeit, in der so viele Hindernisse für ihre wirksame Teilhabe an Entscheidungsprozessen vorherrschen.

3. Die Bedeutung der Weiterentwicklung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit: Die fortgesetzte Entwicklung dieser Agenda ist wesentlich, um ihre Wirksamkeit sicherzustellen. In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf zwei Initiativen zur Weiterentwicklung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit eingehen, die der spanischen Delegation besonders am Herzen liegen.

(a) Das Netzwerk von nationalen Kontaktstellen für Frauen und Frieden und Sicherheit war eines der Vorhaben, für das Spanien in der offenen Debatte auf hoher Ebene 2015 seine Unterstützung ankündigte. Es lief 2016 an und hat über 80 Mitglieder, darunter die OSZE. Dieses operative Netzwerk hat seine Wirksamkeit durch den Erfahrungsaustausch und die Förderung des Engagements von Staaten und Organisationen für die Beförderung der Zielsetzungen der Agenda bereits unter Beweis gestellt.

(b) Spanien hat zwei wichtige Resolutionen in diesem Bereich gefördert: (i) Die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution über Frauen und Mädchen und die Reaktion auf die Coronavirus-Erkrankung (COVID-19), die wichtige Elemente zur notwendigen Mitwirkung von Frauen in allen Phasen der Konfliktverhütung, zur Rolle von Frauen bei der Friedenssicherung und zum Kampf gegen sexuelle Gewalt enthält. (ii) Während seiner Amtszeit im Menschenrechtsrat hat Spanien eine Resolution über die Förderung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates vorgestellt.

4. Die bedeutende Rolle von Frauen in den spanischen Streitkräften: Schließlich möchte ich daran erinnern, dass Spanien bereits seit 30 Jahren Frauen in seine Streitkräfte aufnimmt und dass seit Inkrafttreten des Gesetzes 17/99 über die Bestimmungen für Angehörige der Streitkräfte die absolute Gleichstellung zwischen Männern und Frauen uneingeschränkt gewährleistet ist, wobei Frauen der Zugang zu allen militärischen Bereichen, Dienstgraden und Verwendungen offensteht.

Am 18. Mai 2021 machten Frauen (Auszubildende mit eingerechnet) 12,9 Prozent des gesamten Militärpersonals in den spanischen Streitkräften aus. Der durchschnittliche Frauenanteil ist in unseren Streitkräften höher als der entsprechende Durchschnitt in unseren Nachbarstaaten, der bei 11,3 Prozent liegt. Ebenso sind 7,7 Prozent des gesamten Militärpersonals im Auslandseinsatz Frauen.

Diese Initiativen und Bemühungen bezeugen, dass Spanien der Einhaltung und Entwicklung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und ihrer

Folgeresolutionen größte Bedeutung beimisst, und zeigen die unablässigen Bemühungen unseres Landes in diesem Sinne. Die Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit ist heute dringender denn je.

Vielen Dank.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland schließt sich vollumfänglich der EU-Erklärung an.

Mit Blick auf die herausgehobene Rolle, die das Thema UNSCR 1325 für Deutschland hat, möchte ich gerne noch einige ergänzende Bemerkungen in nationaler Eigenschaft einbringen.

In Deutschland ist vor wenigen Monaten der dritte Aktionsplan der Bundesregierung zur Agenda Frauen und Frieden und Sicherheit für die Jahre 2021 bis 2024 beschlossen worden. Ich hatte dazu und über weitere wichtige Schritte unserer nationalen Umsetzung in meiner Erklärung anlässlich der 80. Gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates am 10. März 2021 berichtet.

Deutschland dankt dem armenischen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation, dass er die Agenda Frauen und Frieden und Sicherheit zum Thema des heutigen Sicherheitsdialogs gemacht hat.

Deutschland erachtet es für wichtig, dass wir auch hier in der OSZE die Umsetzung der UNSCR 1325 aktiver und engagierter angehen. Es geht darum, das bislang nicht genutzte Potenzial der OSZE zu mobilisieren, um die teilnehmenden Staaten bei der Implementierung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats und ihrer Folgeresolutionen mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.

Ich möchte an die Gemeinsame Erklärung zu Bedeutung und Umsetzung von UNSCR 1325 in der OSZE erinnern, die 52 der teilnehmenden Staaten im Dezember letzten Jahres auf dem Ministerrat in Tirana abgegeben haben. Die überwältigende Unterstützung für diese gemeinsame Erklärung hat gezeigt, wie stark der Wunsch zu konkreten Umsetzungsmaßnahmen in der OSZE ausgeprägt ist. Die Panellistinnen und Panellisten in der heutigen Sitzung des FSK und zahlreiche Delegationen haben hier heute in klarer Weise dargelegt, wie notwendig es ist, dass wir weiter auf dem eingeschlagenen, richtigen Weg voranschreiten.

Ich appelliere daher an alle teilnehmenden Staaten, die sich der Gemeinsamen Erklärung in Tirana noch nicht angeschlossen hatten, die Umsetzung der in der Gemeinsamen Erklärungen vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen zu unterstützen.

Stellvertretend für die vielen konkreten Vorschläge, die in der gemeinsamen Erklärung von Tirana für unseren gemeinsamen weiteren Weg in der OSZE enthalten sind, möchte ich drei Punkte herausstellen, die Deutschland für besonders wichtig erachtet:

1. die Erstellung eines Aktionsplans für die vollständige, gleichberechtigte und bedeutungsvolle Beteiligung von Frauen an allen Aspekten der Arbeitsbereiche des FSK – und dies auf allen Entscheidungs- und Führungsebenen,
2. die Erstellung eines Verzeichnisses nationaler Kontaktstellen für die Gleichstellung der Geschlechter, um die Entwicklung, Umsetzung, begleitende Kontrolle, Bewertung und Überprüfung des Aktionsplans zu erleichtern,
3. und die Zusammenstellung nationaler Verfahren zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und ihrer Folgeresolutionen, - mit dem Schwerpunkt auf der Förderung der vollständigen, gleichberechtigten und bedeutsamen Beteiligung von Frauen in ihren Streit- und Sicherheitskräften durch die Teilnehmerstaaten.

Deutschland setzt sich dafür ein, dass wir den Impuls der Gemeinsamen Erklärung von Tirana weitertragen und in der OSZE und konkret hier im FSK daran arbeiten, dass er sich in konkreten Schritten materialisiert. Wir sind überzeugt, dass Frieden und Stabilität nachhaltiger sind, wenn Frauen und Männer gleichgestellt sind in allen Bereichen, Entscheidungs- und Führungsebenen der Streit- und Sicherheitskräften und wenn sie unabhängig von ihrem Geschlecht in allen Teilen von Friedensprozessen gleichberechtigt beteiligt werden. Das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir danken dem armenischen Vorsitz für die Organisation der heutigen Plenarsitzung. Wir danken auch den verehrten Hauptreferentinnen und -referenten für ihre interessanten Vorträge, die davon zeugen, dass bei der Stärkung der Rolle von Frauen im Rahmen der Befassung mit Sicherheitsfragen, der Konfliktlösung und dem Wiederaufbau nach Konflikten Fortschritte erzielt wurden.

Wir sind ebenfalls der Meinung, dass das Wissen, die Fähigkeiten und die Erfahrung von Frauen und Männern für die Bemühungen zur Förderung von Frieden und Stabilität – auch zur Umsetzung politisch-militärischer Übereinkommen – unverzichtbar sind. Für uns ist jedoch klar, dass in diesem äußerst wichtigen Bereich nicht die künstliche Sicherstellung eines gleichen Anteils von Frauen und Männern in nationalen Institutionen und internationalen Einrichtungen, sondern deren berufliche Qualifikationen Priorität genießen sollten. Das Konzept der „Chancengleichheit“ ist somit dem der „gleichberechtigten Teilhabe“ vorzuziehen.

In Bezug auf die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen möchten wir betonen, dass ihr Anwendungsbereich recht eindeutig festgelegt ist: die Verbesserung der Lage von Frauen in Zeiten bewaffneter Konflikte, die den internationalen Frieden und die Sicherheit bedrohen, sowie nach Konflikten. Mit anderen Worten kann die Resolution kaum als allgemeiner Bezugspunkt für die Förderung der Beteiligung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens dienen.

Wir stellen fest, dass die Erleichterung der Umsetzung der Resolution 1325 weiterhin das Vorrecht der Vereinten Nationen bleibt. In diesem Zusammenhang sollten die Maßnahmen, die unter der Schirmherrschaft dieser globalen Organisation getroffen werden, darauf abzielen, die Bemühungen der Staaten zu unterstützen, da die Hauptverantwortung für den Schutz von Frauen in allen Phasen einer Krisensituation bei ihnen liegt. Die nationalen Aktionspläne für die Durchführung der Resolution wiederum sind freiwillig und dürfen nur als zusätzliches Instrument zur Beurteilung der entsprechenden Politik der Staaten während eines bewaffneten Konflikts oder im Zusammenhang mit Konfliktnachsorge verwendet werden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir können sehen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in diesen Verhandlungen nicht abgeneigt sind, das politisch-militärische Mandat des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) auf Aufgaben in Verbindung mit der Resolution 1325 auszuweiten. Es ist uns bewusst, dass viele Staaten daran interessiert wären. Es liegt jedoch auf der Hand, dass es keineswegs Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern sind, die die politisch-militärische Lage in Europa prägen. Daher kann unserer Ansicht nach die Erörterung der Resolution im FSK nur ergänzenden Charakter haben.

Was die Arbeit des Forums zur Resolution 1325 anbelangt, haben wir bereits mehrmals festgehalten, dass sie nur innerhalb des Rahmen des FSK-Mandats durchgeführt werden sollte. Das bedeutet: die Befassung mit den Auswirkungen der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) auf Frauen und Kinder, die Schaffung gleicher Chancen für die Mitwirkung von Frauen an der Gestaltung, Planung und Durchführung der Politik zur Bekämpfung illegaler SALW, auch durch SALW- und SCA-Hilfsprojekten der OSZE, und die Berücksichtigung des Beitrags von Frauen zur Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit.

Wir vertreten die Meinung, dass der bestehende Informationsaustausch zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten über die Durchführung der Resolution, darunter die freiwilligen Antworten auf den Fragebogen zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, die gesetzten Ziele erfüllt.

Anders gesagt: wir sollten uns vielmehr auf die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen zu diesem Thema konzentrieren als auf die Ausarbeitung neuer Dokumente oder die Ausweitung des Mandats unseres Verhandlungsgremiums, das von seinen Begründern ursprünglich als die wichtigste gesamteuropäische Struktur, die für die politisch-militärische Stabilität in Europa zuständig ist, konzipiert wurde.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das FSK-Journal des Tages.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation

FSC.JOUR/982

19 May 2021

Annex 7

GERMAN

Original: ENGLISH

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich dem Vorsitz dafür danken, dass er dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung des Sicherheitsdialogs gesetzt hat, und den Hauptreferentinnen und -referenten für ihre überaus interessanten und gehaltvollen Vorträge. Serbien hat sich der Erklärung der Europäischen Union zur Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen angeschlossen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir den FSK-Vorsitz höflich daran erinnern, dass sichergestellt werden muss, dass die Statusneutralität der OSZE gegenüber Kosovo und Metochien in allen Erklärungen der zu den Sitzungen des Forums eingeladenen Rednerinnen und Redner gewahrt wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VORSITZENDEN DES INFORMELLEN FREUNDESKREISES
ZU KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN UND
LAGERBESTÄNDEN KONVENTIONELLER MUNITION
(LETTLAND)**

Danke, Herr Vorsitzender.
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
geschätzte Vortragende,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition möchte ich zunächst allen unseren verehrten Vortragenden für ihre äußerst wertvollen und anregenden Ausführungen zur Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Hinblick auf eine volle, gleichberechtigte und bedeutsame Beteiligung von Frauen in den Sicherheits- und Streitkräften danken.

Die Resolution 1325 ist nach wie vor ein wegweisendes Instrument, das uns allen unverändert die Möglichkeit gibt, konkrete und verlässliche Beiträge zu unserer kollektiven Sicherheit zu leisten. Die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu Frauen und Frieden und Sicherheit macht deutlich, wie wichtig eine echte Beteiligung für Frauen ist. Wie Sie alle wissen, zielt diese Verpflichtung nicht nur auf die Sicherstellung von Parität, sondern vielmehr auf die einer gleichberechtigten Mitwirkung von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen ab. Es geht darum, Männern und Frauen gleiche Chancen zu bieten und gemeinsam auf eine vollkommene Gleichstellung der Geschlechter hinzuarbeiten. Es geht um die Eröffnung neuer Möglichkeiten und die Beseitigung von Hindernissen für die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit Konflikten als auch in Friedenszeiten.

Wir sollten alles in unseren Kräften Stehende unternehmen, um in gemeinsamer Arbeit ihre Umsetzung auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu unterstützen.

Herr Vorsitzender,

im Lichte des heutigen Sicherheitsdialogs möchte ich gerne kurz auf einige Aspekte in Verbindung mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) sowie Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) eingehen. Der Ministerratsbeschluss Nr. 10/17 über SALW und SCA beauftragte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK), weiterhin Gedanken, Informationen und nachahmenswerte Praktiken über „die Befassung mit den Auswirkungen der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von SALW und SCA auf Frauen und Kinder“ und „die Schaffung gleicher Chancen für die Mitwirkung von Frauen an der Gestaltung der Politik und an Planungs- und Umsetzungsprozessen zur Bekämpfung illegaler SALW“ auszutauschen. In der Erklärung des Ministerrats 2018 zu den Bemühungen der OSZE im Bereich der Normen und Praxisleitfäden für SALW und SCA (MC.DOC/5/18) bekräftigten die Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten die Dringlichkeit dieser Aufgaben. Zuletzt wurde beim zweiten Zweijährlichen Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA im Oktober 2020 die Notwendigkeit des Gender-Mainstreamings in der Arbeit der OSZE unterstrichen.

Ich möchte betonen, dass die durchgehende Berücksichtigung einer Gender-Perspektive und die Sicherstellung der Chancengleichheit bei Entscheidungsfindungsprozessen in Verbindung mit SALW Möglichkeiten für praktische, innovative und wirksame Lösungen von komplexen Problemen eröffnen. Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kontrolle von SALW müssen, um langfristig wirksam zu sein, ganzheitlich ausgelegt sein und sich nicht nur mit rechtlichen und technischen Fragen, sondern in einem umfassenden und inklusiven Ansatz auch mit kulturellen, gesellschaftlichen und funktionellen Themen befassen.

Die Aufnahme von Genderaspekten in die Strategien der Teilnehmerstaaten in Bezug auf SALW und SCA sowie in die Normen, Mechanismen und die diesbezügliche praktische Hilfestellung der OSZE würde einen erheblichen Beitrag zu unseren gemeinsamen Bemühungen zur wirksamen Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und SCA leisten.

Da wir uns bereits mitten im Prozess der Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden für SALW und SCA befinden und auch die Entwicklung neuer Praxisleitfäden vorschlagen, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um sicherzustellen, dass Genderaspekte im Wortlaut dieser und anderer einschlägiger OSZE-Dokumente gegebenenfalls ihren Niederschlag finden.

Im „Survey of Suggestions“ der zweiten Zweijährlichen Tagung (SEC.GAL/179/20 vom 26. November 2020) wurden konkrete Maßnahmen für Gender-Mainstreaming im Rahmen von SALW/SCA-Maßnahmen vorgeschlagen. Ich würde empfehlen, diese Maßnahmen in den SALW-Aktionsplan der OSZE (2010) aufzunehmen, der einer Aktualisierung bedarf. Damit hätten wir schon einen zielorientierten Ansatz, dessen wir uns bei unserem Bemühen um die Erfüllung des Auftrags von Ministerratsbeschluss Nr. 10/17 bedienen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe, dass die Erörterungen auf der heutigen Sitzung des FSK und die Lehren daraus uns in unseren Bemühungen um die durchgängige Berücksichtigung von Genderaspekten weiter motivieren und leiten werden.

Abschließend möchte ich mich der Unterstützung sämtlicher Initiativen, einschließlich aller Netzwerke, anschließen, die sich die Förderung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit in der OSZE zum Ziel gesetzt haben.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER FSK-KOORDINATORIN FÜR ANGELEGENHEITEN
BETREFFEND UNSCR 1325 (ALBANIEN)**

Danke, Herr Vorsitzender.
Exzellenzen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, in meiner Eigenschaft als FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 auf der heutigen Plenarsitzung des Forums für Sicherheitskooperation mein Wort an Sie zu richten.

Zunächst möchte ich mich dem Dank an unsere geschätzten Gastredner und -rednerinnen für ihre wertvollen Beiträge, Erfahrungsberichte und Einblicke anschließen.

Herr Vorsitzender,

die gemeinsame Erklärung zur Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die auf dem Ministerratstreffen in Tirana abgegeben und von insgesamt 52 Teilnehmerstaaten gebilligt wurde, ist Ausdruck der festen Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten, die Agenda Frauen und Frieden und Sicherheit in den Arbeitsbereichen des FSK weiter voranzutreiben. Die gemeinsame Erklärung enthielt konkrete Vorschläge für zusätzliche Bemühungen, die weiterer Erörterungen im FSK bedürfen.

Es ist schon längst ein Austausch darüber überfällig, wie wir die Umsetzung der UNSCR 1325 als Teil unserer Kernarbeit im Forum weiter fördern können.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich kurz auf den freiwilligen Informationsaustausch über die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Rahmen der Beantwortung des jährlichen Fragebogens zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärische Aspekten der Sicherheit eingehen. Auch wenn dieser freiwillig erfolgt, ist er doch fester Bestandteil des jährlichen Informationsaustauschs und seine Durchführung sollte als Möglichkeit der Weitergabe nützlicher Erfahrungen unter den Teilnehmerstaaten intensiv

gefördert werden. Die bevorstehende Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit am 16. Juni wird auch eine gute Gelegenheit für eine Bestandsaufnahme der freiwillig ausgetauschten Informationen und für Erörterungen darüber sein, wie das Interesse am freiwilligen Informationsaustausch über die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen erhöht werden kann.

Gestatten Sie mir auch, auf den anhaltenden Erfolg des Ausbildungsprogramms im Rahmen des OSZE-Stipendiums für Frieden und Sicherheit hinzuweisen – eine gemeinsame Initiative der OSZE und des Büros der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA). Es wird dieses Jahr zum vierten Mal abgehalten und das Online-Modul beginnt am 24. Mai 2021. Das auf der Resolution 1325 beruhende Ausbildungsprogramm soll es Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern, insbesondere Frauen aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Ländern der Kooperationspartner, ermöglichen, ihr Wissen über Konfliktverhütung und -lösung, Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu vertiefen und sich verstärkt in diesem Bereich zu engagieren. Das Programm bietet jungen Frauen eine gute Gelegenheit, solide Netzwerke aufzubauen und ihre Möglichkeiten für eine berufliche Laufbahn auszuweiten. Das Projekt wird weiterhin dazu beitragen, Frauen den Weg zu einer gleichberechtigten und vollständigen Teilnahme an politischen Gestaltungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen zu ebnet.

Herr Vorsitzender,

als Mitglied des Netzwerks „Frauen in der Ersten Dimension“ möchte ich die aktuellen Entwicklungen von zwei derzeit laufenden Initiativen herausgreifen: des Mentoringprogramms für weibliche und männliche Kollegen, die in der politisch-militärischen Dimension arbeiten, und die Liste von Expertinnen zu politisch-militärischen Themen.

Was das Mentoringprogramm betrifft, so wurde erfolgreich die Pilotphase gestartet, worüber Sie bereits Anfang des Jahres informiert wurden. Das Programm bringt Kolleginnen und Kollegen aus der ersten Dimension zusammen und erleichtert den Austausch nicht nur zwischen älteren und jüngeren Kolleginnen und Kollegen, Frauen und Männern, sondern auch zwischen Kolleginnen und Kollegen aus militärischen und politischen Fachbereichen. Das erste vollwertige Mentoringprogramm ist für den Herbst dieses Jahres geplant.

Was die zweite Initiative, die Liste von Expertinnen zu Themen der ersten Dimension, anbelangt, so verfügen wir derzeit über eine Liste mit über 85 weiblichen Expertinnen, die ein breites Spektrum abdecken. Dieses Jahr haben wir das Gespräch mit den Teilnehmerstaaten gesucht, um ihre Bereitschaft zu erhöhen, Expertinnen zu benennen, die dann in die aktuelle Liste aufgenommen werden. Es ist unser Ziel, mindestens eine Vertreterin für jeden Teilnehmerstaat auf der Liste zu haben. Sollten Sie Vorschläge für die Liste einbringen oder die Liste selbst konsultieren wollen, wenden Sie sich bitte an das Netzwerk „Frauen in der ersten Dimension“.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich hervorheben, dass die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als einigende Agenda für die OSZE-Teilnehmerstaaten dienen, und

nicht Divergenzen vertiefen sollte. Obwohl es sich um eine globale Agenda handelt, sollten wir uns auf ihre vollständige Umsetzung im OSZE-Raum konzentrieren und zugleich praktische Schritte in den Arbeitsbereichen des FSK unternehmen.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Frau Vorsitzende,

vom 16. bis 20. Mai 2021 führen die Streitkräfte Aserbaidschans eine groß angelegte Militärübung durch, an der nach offiziellen Angaben des aserbaidischen Verteidigungsministeriums bis zu 15 000 Soldaten, bis zu 300 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, bis zu 400 Raketen- und Artilleriesysteme verschiedenen Kalibers, Mehrfachraketenwerfer, Mörser, Panzerabwehrwaffen, bis zu 50 Heeresflieger sowie unbemannte Luftfahrzeuge unterschiedlicher Bestimmung beteiligt sind.

Gemäß Kapitel V Absatz 40.1.1 des Wiener Dokuments 2011 über die vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten unterliegt eine militärische Aktivität der Ankündigung, wenn an ihr zu irgendeinem Zeitpunkt während der Aktivität beteiligt sind:

- mindestens 9 000 Mann, einschließlich Unterstützungstruppen, oder
- mindestens 250 Kampfpanzer oder
- mindestens 500 gepanzerte Kampffahrzeuge oder
- mindestens 250 selbstfahrende oder gezogene Artillerieschütze, Granatwerfer und Mehrfachraketenwerfer (Kaliber 100 mm und darüber),

Wir möchten erneut darauf aufmerksam machen, dass die militärische Führung Aserbaidschans weiterhin gegen die Bestimmungen des Wiener Dokuments 2011 verstößt, indem sie die Teilnehmerstaaten nicht innerhalb des im Wiener Dokument vorgesehenen Zeitrahmens und durch die eingerichteten Kommunikationskanäle über ihre Militärübungen informiert. Aserbaidschan versucht, durch das Zusammenlegen verschiedener, im Wiener Dokument festgelegter Schwellen seine Nichteinhaltung der Bestimmungen des Wiener Dokuments zu rechtfertigen.

Ferner möchten wir daran erinnern, dass dies die fünfte unangekündigte Militärübung ist, die Aserbaidschan seit Ende des Angriffskriegs, den es letztes Jahr gegen Arzach losgetreten hat, durchführt. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Übung eindeutig

offensiven Charakter hat; ihr Ziel ist eine Prüfung der Führung der Truppen sowie deren Vorbereitung bis zur Gefechtsbereitschaft und Neuformierung unter Berücksichtigung der im zweiten Bergkarabach-Krieg gewonnenen Kampferfahrungen.

Darüber hinaus gab das aserbaidische Verteidigungsministerium die Abhaltung dieser groß angelegten Militärübung am 12. Mai bekannt – dem Tag, an dem die aserbaidischen Streitkräfte in einer provozierenden und unverantwortlichen Aktion mit dem Einfall in den Provinzen Sjunik und Gegharkunik das souveräne Hoheitsgebiet Armeniens verletzten.

Im Lichte der jüngsten Gewaltanwendung Aserbaidischans gegen Arzach, der ständigen Drohungen und Gebietsansprüche des Präsidenten von Aserbaidischans gegenüber Armenien, der Einfälle der aserbaidischen Streitkräfte in souveränes Hoheitsgebiet Armeniens sowie des laufenden militärischen Aufwuchses Aserbaidischans entlang der armenischen Grenze erachten wir eine unangekündigte militärische Übung wie diese als reale Bedrohung nicht nur für Armenien und Arzach, sondern auch für den Frieden und die Sicherheit in der Region.

Wir begrüßen die Aufforderungen unserer internationalen Partner in Bezug auf einen unverzüglichen Abzug der Truppen Aserbaidischans von armenischem Hoheitsgebiet und die Beendigung seines unverantwortlichen und provozierenden Vorgehens.

Wir fordern den schwedischen OSZE-Vorsitz und andere Teilnehmerstaaten auf, angemessen auf die anhaltenden Verstöße Aserbaidischans gegen seine Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument zu reagieren.

Wir fordern ferner Aserbaidischans eindringlich auf, genaue Angaben über die Parameter seiner derzeit stattfindenden groß angelegten Militärübung zu machen, um militärische Transparenz und Stabilität zu gewährleisten und weitere Eskalationen und die Entstehung neuer Spannungsgebiete zu verhindern.

Ich danke Ihnen und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ALBANIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Wir möchten die Teilnehmerstaaten der OSZE darüber in Kenntnis setzen, dass Albanien am 27. und 28. Mai 2021 in enger Zusammenarbeit mit dem Konfliktverhütungszentrum (KVZ) online ein Regionalseminar zum Verhaltenskodex der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit für OSZE-Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner im Mittelmeerraum abhalten wird. Die Einladungen dazu wurden Ende April verteilt und Anfang dieser Woche wurde ein Erinnerungsschreiben bezüglich der Anmeldung zu dieser Veranstaltung ausgesandt.

Das Programm für den ersten Tag des Regionalseminars umfasst:

- eine Eröffnungsansprache einer hochrangigen Rednerin/eines hochrangigen Redners
- eine Einführungsveranstaltung über den Verhaltenskodex mit einem Überblick über dessen Geschichte und Entwicklung, einer Betrachtung des Verhaltenskodex aus wissenschaftlicher Sicht und einem Beitrag über die Rolle des KVZ im Hinblick auf den Verhaltenskodex.

Ferner wird am ersten Tag auch eine Arbeitssitzung über demokratische Kontrolle und die Rolle der Parlamente stattfinden.

Am zweiten Tag, am 28. Mai 2021, werden in separaten Arbeitssitzungen folgende Themen behandelt:

- Aspekte der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit in den Streit- und Sicherheitskräften
- nationale Praktiken bei der Umsetzung des Verhaltenskodex, auch aus dem Blickwinkel von Kooperationspartnern im Mittelmeerraum

- die Rolle der Jugend, mit Schwerpunkt auf regionalen Sicherheitsherausforderungen (ein Thema, das noch im Zusammenhang mit den Prioritäten des albanischen OSZE-Vorsitzes 2020 steht).

Außerdem wird es eine Arbeitssitzung über den Fragebogen zum OSZE-Verhaltenskodex und seine Beantwortung geben.

Das zweitägige Seminar wird mit einer Schlussitzung enden.

Ich möchte die Teilnehmerstaaten und unsere Kooperationspartner im Mittelmeerraum höflich daran erinnern, dass die Anmeldefrist am 20. Mai 2021 um 15.00 Uhr MEZ endet.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme am und Ihre Beiträge zum Regionalseminar.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Sollten Sie Fragen haben, zögern Sie bitte nicht, uns zu kontaktieren.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

976. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 982, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Frau Vorsitzende, ich danke Ihnen, dass Sie mir das Wort erteilt haben.

Ich möchte über die Übung „Iron Wolf-I“ informieren, die heute in Litauen begonnen hat.

Die Übung wird von der mechanisierten Infanteriebrigade „Iron Wolf“ der litauischen Streitkräfte gemeinsam mit der von Deutschland geführten und im Rahmen der verstärkten Vornepräsenz in Litauen stationierten EFP-Battlegroup sowie mit Einheiten anderer NATO-Verbündeter organisiert. Die Stärke der an der Übung beteiligten Truppen und die Anzahl des verwendeten Geräts und der Waffensysteme liegen unter den im Wiener Dokument festgelegten Schwellen. Insgesamt sollen an der Übung 3 169 Mann teilnehmen und 21 Kampfpanzer, 133 gepanzerte Kampffahrzeuge, 11 Artilleriegeschütze und 6 Hubschrauber eingesetzt werden.

Die Übung wird vom 19. bis 30. Mai durchgeführt, wobei die Hauptphase vom 23. bis 29. Mai stattfindet.

Das allgemeine Ziel der Militärübung ist es, das gemeinsame Operieren der EFP-Battlegroup und des Bataillons Fürst Vaidotas der mechanisierten Infanteriebrigade „Iron Wolf“ einzuüben und die Interoperabilität mit den Streitkräften anderer NATO-Mitgliedsländer zu verbessern.

Die Ziele der Militärübung im Einzelnen:

- Förderung der kollektiven Kompetenz und des kollektiven Vertrauens;
- Demonstration der Bereitschaft der EFP-Battlegroup;
- Ausbildung in und Überprüfung der Durchführung von Volltruppenoperationen durch die EFP-Battlegroup und das Vaidotas-Bataillon der „Iron-Wolf“-Brigade;
- Förderung des Zusammenwirkens mit den Truppenteilen der freiwilligen nationalen Verteidigungskräfte;

- Übung von Fähigkeiten für den Kampf unter Bedingungen der chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Kriegsführung;
- Übungen der in der Garnison Rukla stationierten Truppenteile der Brigade im Hinblick auf Verfahren der Alarmstufen und Auflockerung;
- Durchführung von Versorgungsübungen;
- Überprüfung des Artilleriefeuersystems der Brigade; und
- Verbesserung des Zusammenwirkens der beteiligten Truppen.

Die Übung findet in Mittellitauen, auf dem Übungsplatz Gaižiūnai und auch in den zivilen Gebieten in der Umgebung des Truppenübungsplatzes, statt.

Litauen kündigte die Übung „Iron Wolf-I“ als größte militärische Aktivität an, die in diesem Jahr in Litauen stattfinden wird (CBM/LT/20/0020/F30/O; CBM/LT/21/0001/F25/O). Als freiwillige Maßnahme im Sinne der Erhöhung der Transparenz und im Einklang mit den Absätzen 30.7 und 30.8 des Wiener Dokuments lud Litauen Militärbeobachter aus den benachbarten Nicht-NATO-Staaten – nämlich aus Belarus, Finnland, Russland und Schweden – zum Beobachtungsprogramm der Übung ein (CBM/LT/21/0003/F22/O). Ich freue mich, Ihnen berichten zu können, dass wir aus allen vier Ländern, die eingeladen wurden, positive Reaktionen erhalten haben.

Abschließend möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Litauen heute über das OSZE- Kommunikationsnetz die Formate übermittelt hat, mit denen die Teilnehmerstaaten über die Entscheidung Litauens, die Verifikationsaktivitäten heute, am 19. Mai, wiederaufzunehmen, informiert werden (CBM/LT/21/0005/F41/O; OS/LT/21/0003/F32/O). Die Teilnehmerstaaten werden höflich ersucht, die COVID-19-bedingten Vorschriften zu befolgen und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen auf sichere und wirksame Weise durchzuführen.

Werte Kolleginnen und Kolleginnen, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Frau Vorsitzende, ich möchte höflich darum ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen. Danke.